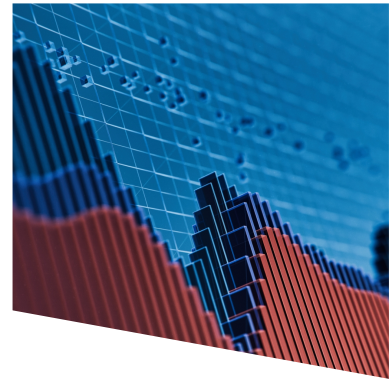




Konjunktur & Wachstum

Demografie dämpft BIP pro Kopf-Wachstum

10.10.2025

Auf einen Blick

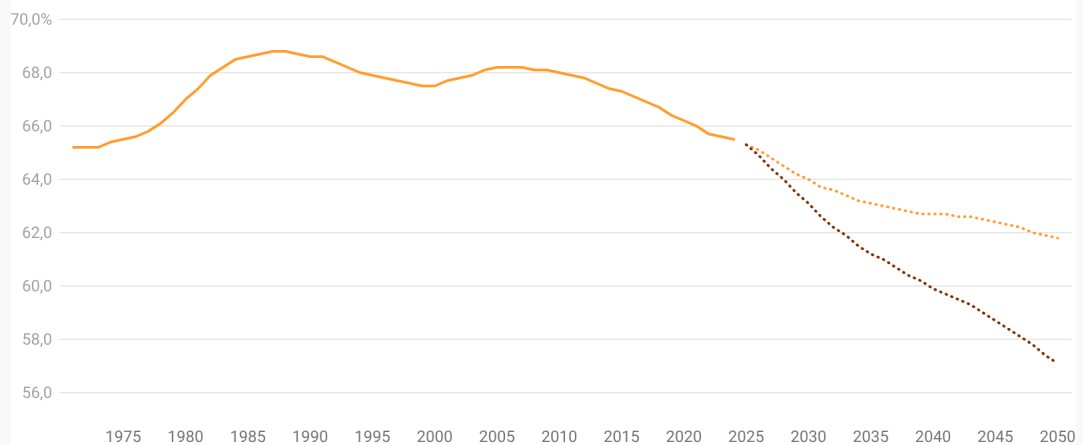
- Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sinkt in der Schweiz seit 20 Jahren.
- Die demografische Alterung wirkt sich negativ auf das BIP pro Kopf-Wachstum aus.
- Um den negativen Effekt zu kompensieren, braucht es auch in Zukunft Produktivitätsgewinne und ausländische Arbeitskräfte.

Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung geht in der Schweiz seit fast 20 Jahren zurück. Haupttreiber für diese Entwicklung ist die Zunahme von Personen über 65 Jahren. Seit 2004 ist diese Altersgruppe um 50 Prozent gewachsen, absolut liegt die Zunahmen bei deutlich über 600'000 Personen. Bei den 15- bis 64-jährigen Personen liegt die Zunahme im selben Zeitraum bei 17 Prozent. Das Wachstum der 15- bis 64-Jährigen ist vor allem durch die Nettomigration zu erklären, die überwiegend im erwerbsfähigen Alter stattfindet. Trotz Zuwanderung schrumpfte der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung von über 68 Prozent im Jahr 2004 auf 65.5 Prozent im Jahr 2024. Aufgrund der demografischen Alterung wird sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen, wobei der Rückgang weiterhin durch die Migration abgeschwächt wird. In einem Szenario ohne Nettozuwanderung würde der Anteil hingegen deutlich stärker sinken.

Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung

15- bis 64-jährige Personen in Prozent der Gesamtbevölkerung

--- Referenzszenario - - - Referenzszenario ohne Migration



Grafik: Guido Saurer - economieuisse • Quelle: BFS • Erstellt mit Datawrapper

Demografie und Wohlstand – wie hängt das zusammen?

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst, wie viele Waren und Dienstleistungen in einem Jahr in der Schweiz hergestellt werden, abzüglich der Vorleistungen. Teilt man das BIP durch die Bevölkerung, dann erhält man das BIP pro Kopf, das häufig als Indikator für den Wohlstand verwendet wird. Gehen wir davon aus, dass alle Personen gleich produktiv arbeiten. Dann liegt es auf der Hand, dass das BIP pro Kopf höher ist, wenn von 10 Personen 7 am Arbeiten sind, als wenn nur 5 Personen arbeiten. Genau hier spielt die demografische Entwicklung rein: Es gibt eine wachsende Zahl an Menschen, die zwar in der Schweiz wohnen und somit zur Bevölkerung zählen, aber die altersbedingt in der Regel nicht mehr arbeiten und deshalb nicht zur Wirtschaftsleistung beitragen können.

Der Einfluss der Demografie auf das BIP pro Kopf

Beim BIP pro Kopf der Schweiz wird moniert, dass dieses aufgrund der Grenzgänger nach oben verzerrt sei. Es ist korrekt, dass Grenzgänger in der Schweiz arbeiten, aber nicht zur Bevölkerung zählen. Dies hat einen positiven Effekt auf das BIP pro Kopf. Auf der anderen Seite beobachten wir aufgrund der demografischen Alterung eine wachsende Zahl an Personen, die in der Schweiz wohnhaft sind, aber altersbedingt nicht arbeiten. Dies beeinflusst das BIP pro Kopf negativ. Die beiden Effekte waren über die letzten 20 Jahre etwa gleich stark: Hätte man die zusätzlichen Grenzgänger zur Bevölkerung gezählt, hätte das BIP pro Kopf jährlich im Schnitt um 0.2 Prozentpunkte weniger zugelegt. Wäre hingegen der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung seit 2004 konstant geblieben, wäre das BIP pro Kopf jährlich im Schnitt um 0.2 Prozentpunkte stärker gestiegen.

Ein wesentlicher Grund, weshalb das BIP pro Kopf in der Schweiz zulegen konnte, liegt darin, dass die Erwerbstätigen ihre Arbeitsproduktivität steigern konnten. Das BIP pro geleistete Arbeitsstunde ist seit 2004 um 26 Prozent gestiegen. Ein anderer Grund ist, dass wir dank Zuwanderern und Grenzgängern den negativen Effekt der Demografie abschwächen konnten. Mit Blick auf die Entwicklung des Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung wird es auch künftig beides brauchen – Produktivitätsgewinne und Migration – damit das BIP pro Kopf in der Schweiz weiter steigen kann.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Guido Saurer

Stv. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik & Bildung